Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Verteilungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 99 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch den 28 April 1926

Weltwirtschaft.

Man ist vorsichtig geworden in Genf, will dort das resultatlose Schauspiel vom März dieses Jahres nicht auch auf dem Gebiete der weltwirtschaftlichen Auseinandersetzungen wiederholen. Daher ist zwecks Vorbereitung der eigentlichen Weltwirtschaftskonferenz in Genf erst einmal eine Vorkonferenz zusammengetreten, von deren Entwicklung nicht zuletzt es abhängen wird, ob überhaupt eine Hauptkonferenz zustande kommt. Man will sich vorher einigen, will wissen, was trennt oder trennen kann, um dies bei jener Konferenz dann ganz auszuschalten. Die Russen sind nicht da; die Abneigung, die sie gegen Genf und alles haben, was irgendwie mit dem Völkerbund zusammenhängt, hat sie ferngehalten. Es ist aber gerade von besonderer Wichtigkeit, daß das große wirtschaftliche Loch, das Sowjetrußland und Sibirien darstellt, in irgendeiner Weise ausgefüllt wird.

Denn das Hauptproblem der Weltwirtschaft besteht in einem Überangebot der Waren, dem auf der anderen Seite ein sehr weitgehender Schwund der Nachfrage gegenübersteht. Am stärksten ist dieser Schwund aber gerade im europäischen und im asiatischen Rußland. Andere Hemmungen und Störungen schwerster Art kommen hinzu: die Friedensverträge und alles, was sich an sonstigen wirtschaftlichen Abkommen daran schloß. Und wenn man schließlich noch daran denkt, daß die wirtschaftlichen Beziehungen der Weltvölker untereinander durchaus nicht etwa intimere geworden sind, sondern in allen Staaten immer höhere Zollmauern errichtet werden, so genügen diese paar Andeutungen schon, um darzulegen, daß die Einberufung einer Vorkonferenz eine überaus verständliche Vorsichtsmaßregel ist.

Der schweizerische Bundespräsident Ador, der ursprünglich Präsident dieser Vorkonferenz werden sollte, hat in einem Schreiben darauf hingewiesen, daß durch die widerstreitenden Wirtschaftsinteressen internationale Konflikte ermöglicht und vorbereitet werden und daß besonders aus diesem Grunde es unbedingt notwendig ist, diesem Widerstreit und einer rücksichtslosen Ausprägung der Gegensätze entgegenzuarbeiten. Allerdings glaubt Ador, daß die Vorkonferenz eine wirkliche Lösung zu bringen kaum imstande sein wird, sondern sich lediglich darauf beschränken muß, ein Programm für die Weltwirtschaftskonferenz aufzustellen. Eine derartige Mahnung zur Vorsicht ist auch wirklich ganz am Platze, denn die Probleme, die auf einer solchen Konferenz behandelt werden, sind vielleicht ein noch weit heißeres Eisen, als die bekannten und keineswegs geregelten machtpolitischen Gegensätze. Jedenfalls ist es noch sehr verfrüht, auf das Zustandekommen einer europäischen Zollunion zu hoffen, so sehr nach manchen Richtungen hin gerade von uns Deutschen eine solche Union zu begrüßen wäre. Unmöglich ist sie auf alle Fälle, solange starke Valutadifferenzen Störungen im Güteraustausch hervorrufen, solange andererseits aber auch wieder Rußland einer solchen Union fernbliebe.

Gerade die zollpolitischen Maßnahmen ferner, die England in letzter Zeit zur Abdrosselung der deutschen Einfuhr getroffen hat, haben namentlich in Amerika einen auffallenden Widerhall nach der Richtung hin gefunden, daß derartige Zollmauern praktisch schließlich die Ausführung des Dawes-Planes unmöglich machen würden. Auch die Internationale Handelskammer hat sich mit der handelspolitischen und wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands von diesem Gesichtspunkt aus beschäftigt und sie vermag den Optimismus mancher Wirtschaftskreise über unsere Zukunft nicht zu teilen. Andererseits vermag zurzeit auch noch niemand zu sagen, wie die Weiterentwicklung namentlich der französischen Währung vor sich gehen wird. „Wir stehen mitten drin in einer Inflation," tönte schon vor einigen Tagen der Schreckensruf in Frankreich!

Der Gesamthandel Europas mit Nordamerika ist um einen gewaltigen Prozentsatz zurückgegangen und dadurch wird die betrübliche Tatsache deutlich, daß Europa von der ersten Stelle, die es früher im Welthandel hatte, herabgesunken ist. Trotz der Erkenntnis hiervon sind aber die egoistischen Gegensätze auf dem europäischen Kontinent noch viel zu groß, als daß eine Art von europäischem Wirtschaftssolidarismus zu denken wäre. Man kommt doch nicht um die weitere Tatsache herum, daß das Dawes-Abkommen einseitig auf uns wirtschaftlich-finanzielle Verpflichtungen schwerster Art gelegt hat, die noch schwerer geworden sind durch die außergewöhnlich große kreditpolitische Abhängigkeit, in die wir seit Zustandekommen dieses Zahlungsplanes geraten sind. Vom deutschen Standpunkt aus gesehen sind also die Wirkungen, die dieses Dawes-Abkommen hat und haben soll, gerade als das Hauptproblem einer wirklichen Weltwirtschaftskonferenz zu betrachten; kommt eine solche zustande, so wird man über dieses Hauptproblem wohl zwar viel reden, doch darf man zweifeln, daß sich aus den Worten auch wirkliche Taten ergeben werden.

*

Ausführungen des deutschen Vertreters.

Aus den Kreisen der Arbeiterschaft ist der Genfer Vorkonferenz eine Anzahl von Wünschen unterbreitet worden, die sich mit den Fragen internationaler Kartelle, der Organisation der Produktion, dem wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas, Beschäftigung in- und ausländischer Arbeiter in den verschiedenen Staaten usw. beschäftigen. In einer Sitzung der Wirtschaftskommission legte der deutsche Staatssekretär Trendelenburg dar, daß die Welt krank und überindustrialisiert sei und sagte u. a. weiter: „Die Industrie kann ihre Erzeugnisse zu den Preisen, die sie braucht, nicht absetzen. Das Hauptproblem liegt in der Ermäßigung der Produktionskosten zur Belebung des Absatzes. Die industrielle Wirtschaft muß verbilligt und rationalisiert werden. Man muß dort produzieren, wo es am billigsten ist. Dazu müßte der Güterumlauf verbilligt und die Hemmungen beseitigt werden. Die Erweiterung des Weltmarktes ist notwendig und wird durch China, Indien und Rußland bewiesen. Wodurch wird die Einheitlichkeit gestört? Durch die Differenzen in der Währung und durch die nationalistische Industrialisierung. Hierzu gehören Zollschranken, Einwanderungsverbote, Ein- und Ausfuhrverbote, Repressalien, Subsidienwirtschaft und der Konkurrenzkampf großer Nationen. Es ist vorerst die Lösung einer Reihe von Vorfragen nötig. Hierzu gehören die Einrichtung einer einheitlichen Statistik und die Schaffung eines einheitlichen Zolltarifschemas."

*

Von Genf aus wurden Gerüchte verbreitet, ein junger Russe habe ein Attentat auf den französischen Vertreter bei den Wirtschaftsbesprechungen, Aulard, versucht, weil dieser die Sowjets bekämpfe. Der Anschlag sei aber verhindert worden. Die Behörden geben keinerlei Auskunft.

Das Echo des Berliner Vertrages.

Bedenken in Völkerbundkreisen.

Das Ausland zum deutsch-russischen Vertrag.

Dem deutsch-russischen Freundschaftsvertrag wird, wie die Schweizerische Depeschenagentur berichtet, in Völkerbundkreisen die größte Bedeutung beigemessen. Man betrachtet sein Zustandekommen als eines der wichtigsten politischen Ereignisse der Nachkriegszeit, dessen praktische Folgen heute noch gar nicht in vollem Umfange abgesehen werden können. Man ist sich einig darüber, daß die geographische Lage Deutschlands inmitten Europas es notwendigerweise mit sich brachte, daß das Reich nicht allein mit den Westmächten und dem Völkerbund, sondern auch mit Sowjetrußland in irgendeiner Weise in dauernde politische und wirtschaftliche Beziehungen tritt. Auch verhehlt man sich nicht, daß die durch die Friedensverträge in Europa geschaffenen Verhältnisse sowie das Scheitern der Märztagung des Völkerbundes eine Annäherung Deutschlands und Rußlands begünstigt haben. In diplomatischen Kreisen Genfs werden jedoch auch Stimmen laut, welche aufs ernsthafteste auf die Bedenken hinweisen, die durch den Wortlaut des Vertrages sowie durch die ausgegebenen Noten hervorgerufen wurden. Diese Befürchtungen werden in einem doppelten Sinne geäußert. Die Erscheinung, daß neben dem Völkerbund selbst, welcher universellen Charakter trägt und Allgemeininteressen verfolgt, sich wiederum ein Sonderbündnis gebildet hat, wird bedauert. Nach der Schaffung der Kleinen Entente, nach der Bildung der Gruppe der Locarnomächte, nach dem Abschluß des russisch-türkischen Vertrages wird damit ein enger Zusammenschluß Deutschlands mit Rußland zur Tatsache. Diese in den realen politischen Verhältnissen begründete Entwicklung Europas wird als für die Erstarkung des Völkerbundes gefährlich angesehen.

Die erwähnten Bedenken gehen jedoch noch in anderer Richtung. Man zweifelt nämlich ernsthaft daran, daß die sogenannte Neutralitätsklausel des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages den Deutschland aus Artikel 16 und 17 des Völkerbundpaktes künftig erwachsenden Verpflichtungen nicht widerspricht. Es könnte in mehr als einem Fall innerhalb des Völkerbundrates, der durch die Einstimmigkeitsklausel beherrscht wird, eine Situation entstehen, die auf eine Lahmlegung des Völkerbundes hinauszielt. Trotz dieser Bedenken glaubt man jedoch im allgemeinen nicht, daß durch den Abschluß des Vertrages mit Sowjetrußland die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in Frage gestellt wird, und daß dadurch das für die Konsolidierung des Friedens in Europa so bedeutungsvolle Werk von Locarno gefährdet oder gar vernichtet würde.

Auch im übrigen Ausland hat der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages größte Aufmerksamkeit erregt. Die rechtsstehende Pariser Presse vertritt die Ansicht, daß der Vertrag die Grundlage des Völkerbundes verletze. Das deutsch-russische Bündnis, das den Umsturz des Europa von 1919 plane, sei gegen die Organisation gerichtet, deren einzige Existenzgrundlage der Verzicht aller Teilnehmer auf eine Änderung der Verträge von 1919 sei. Ähnlich aufgeregt zeigt man sich in Warschau, wo man den deutsch-russischen Vertrag als gegen Polen gerichtet bezeichnet. In England ist man vorläufig noch zurückhaltend und begnügt sich dort lediglich mit dem Abdruck des Vertrages. Eine günstigere Presse findet der Vertrag in Amerika, wo man, wie die dortigen Blätter hervorheben, keineswegs beunruhigt ist, während von der österreichischen Presse dem Vertragsabschluß lebhaft zugestimmt wird.

Zustimmung des Auswärtigen Ausschusses.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages wurde unter Vorsitz des Abg. Hergt (Dtn.) die Beratung über die deutsch-russischen Vertragsverhandlungen zu Ende geführt. Die Redner aller Fraktionen stimmten dem Vertrag zu. Es folgte eine Aussprache über die Fragen, die mit der Völkerbundratstudienkommission in Zusammenhang stehen. Dann wandte sich der Ausschuß dem dritten Punkt seiner Tagesordnung, der Entwaffnungsfrage, zu. Im weiteren Verlauf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wurde die Freigabe des deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten von Amerika behandelt. Hieran schlossen sich Beratungen über verschiedene Petitionen, die die Amnestie, Entschädigungsansprüche, Fürsorge für die Optanten aus Polen und andere Fragen behandeln. Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

Um das Gemeindebestimmungsrecht.

Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit dem kommenden Reichsgesetz gegen den Alkoholmißbrauch in Verbindung mit der Stellung des Reichstages zum Gemeindebestimmungsrecht. Abg. Sollmann (Soz.) wandte sich gegen die Agitation des Ausschusses gegen das Gemeindebestimmungsrecht. Er bestritt, daß damit eine Trockenlegung Deutschlands beabsichtigt sei. Er will die Entscheidung in die Gemeinde selbst legen. Er legte einen Gesetzentwurf vor, nach dem die Gemeinde selbst bestimmen soll, wenn es ein Fünftel der zur Gemeindewahl berechtigten Mitglieder verlangt. Der deutschnationale Abg. Schulz-Bromberg verlangte für seine Fraktion verschärfte Maßnahmen zum Schutz der Jugendlichen und eine wirksame Reform des Konzessionswesens. Die Mehrheit seiner Fraktion werde sich gegen das Gemeindebestimmungsrecht aussprechen. Der deutschnationale Abgeordnete D. Mumm sah dagegen im Gemeindebestimmungsrecht ein wirksames Mittel zum Kampf gegen den Alkohol. Mumm fordert von der Regierung ein energisches Eingreifen.

Der Abg. Andre legte den Standpunkt des Zentrums dahin fest, daß seine Fraktion gewillt sei, durch gesetzgeberische Maßnahmen das Schankstättenunwesen und den Alkoholmißbrauch zu bekämpfen. Das Gemeindebestimmungsrecht lehne die überwiegende Mehrheit des Zentrums als ein untaugliches Mittel zur Verbesserung der Verhältnisse ab. Auch bestehe die Gefahr, daß das Gemeindebestimmungsrecht auf andere kommunalpolitische Angelegenheiten Anwendung finden würde.

Abg. Budjuhn (Dtn.) und der Abg. Nolte (Wirtschaftspartei) schlossen sich den Ausführungen des Abgeordneten Andre an. Abg. Rauch (Bayer. Vp.) erklärte, daß seine Fraktion Gegner von Zwangsbestimmungen sei, und berichtete über „den durch das Gemeindebestimmungsrecht in Amerika geschaffenen Sumpf von Korruption". Abg. Moses (Soz.) betonte vom ärztlichen Standpunkt aus, daß der Alkoholismus ein Hauptträger und Förderer verschiedener Krankheiten sei. Abg. Dr. Bickes erklärte, daß die Deutsche Volkspartei ein Gegner des Gemeindebestimmungsrechtes sei. In Amerika hätten die Todesfälle durch Alkoholvergiftung seit der Trockenlegung erheblich zugenommen. Nachdem Abg. Frau Arendsee (Komm.) sich für das Gemeindebestimmungsrecht ausgesprochen hatte, vertagte sich der Ausschuß auf Mittwoch.

Regen und Kugeln.

Ansprache Mussolinis in Mailand.

Trotz eines schweren Gewitterregens hatten sich über 50 000 Faschisten zu Ehren Mussolinis auf dem Domplatz in Mailand eingefunden. Mussolini, der in Begleitung von Vertretern der Behörden auf dem Balkon der Galleria Vittorio Emanuele erschien, wurde mit großer Begeisterung begrüßt. Er dankte den Demonstranten und erklärte u. a.: Diese Zusammenkunft im Regen zeigt mir, was für ein wundervoller Schlag die Schwarzhemden sind. Ich glaube, Ihr werdet mit demselben Gleichmut im Gewehrfeuer ausharren. Mailand, das in der Vergangenheit Italien die Losungen des Faschismus gegeben hat, rüstet sich, um sie auch für die Zukunft zu geben. Mussolini schloß mit dem Ausruf: Schwarzhemden! Kugeln fliegen vorbei und Mussolini bleibt! Diese Worte wurden von der Menge mit maßloser Begeisterung aufgenommen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF